

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.

# Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haesenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchdr. u. Verlag.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 2. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Fortsetzung der Debatte über die Marinevorlage. Abg. v. Bonin (Genthin) hat ein Abkommen zu der (gestern mitgetheilten) Carlowits'schen Resolution eingebracht: Das Haus erklärt, daß die Erweiterung der preußischen Marine geboten und eine vollständige Herstellung der Festigung des Küstebusens Bedürfnis ist und will daher die entsprechenden Mittel, soweit die preußischen Finanzen es erlauben, in Jahresraten von 1865 an bewilligen; es erklärt die Gewerbung des Kieler Hafens und dessen Befestigung, wie des Terrains für Marine-Etablissements mit voller Landeshoheit für eine berechtigte Forderung Preußens und ist bereit, die nördlichen Mittel unter Beihilfung der Herzogthümer an Kosten und für Bemannung zu bewilligen, wenn die Gewerbung des Kieler Hafens eine Thatache geworden ist; es gewährt dann weitere Vorlagen der Regierung. Abg. Dunder spricht gegen die Anleihe und für die Carlowits'sche Resolution; nur will er darin statt „Verständigung mit den Herzogthümern“ „Beiträge mit den Herzogthümern“ als Bedingung aufgestellt wissen. — Das Haus sei absolut nicht in der Lage zur Bewilligung einer Anleihe. Die nationale Partei erwarte nicht eine preußische, sondern eine deutsche Flotte unter preußischer Führung. Die vorjährige Verfeierlung der Anleihe habe die Regierung gezwungen, Düppel und Alsen zu stürmen, der diesjährige Beschluss werde eine deutsche Flotte unter der Führung Preußens schaffen. Redner schließt mit einer Kritik der inneren Politik der Regierung und bestreitet die Unrichtigkeit des Hrn. v. Bismarck in Bezug auf das Verhältnis der Wähler zu den Abgeordneten. Abg. Jacoby bringt folgenden Antrag ein: Das Haus erklärt, daß es die Gerechtigkeit und das Interesse Preußens und Deutschlands erfordert, durch die baldigste Einberufung der Landesvertretung die Herzogthümer staatlich zu konstituieren.

London, 30. Mai. Nachrichten aus New York vom 21. d. melden: Die Rege von N. C. Carolina petitionieren um das Stimmrecht. Jefferson Davis wird der Prozeß vor einem Civilgerichte gemacht werden. Der im Staatssekretariat aufgefundenen Chiffrenschlüssel liefert den Beweis, daß die im Koffer Booth's aufgefundenen Briefe vom Ex-Minister der Konföderation, Benjamin, herrühren.

## Wie es die reactionaire Presse mit der Verfassung meint.

Wir müssen heute noch einmal auf die tief einschneidende Rede Twestens über die Justizverwaltung und auf das Verhalten der sog. conservativen Presse dieser Rede gegenüber zurückkommen. Ihre Rede hat eine Wirkung gehabt, wie wir es zunächst kaum erwarteten. Die Gegner Twestens scheinen ganz außer Fassung gerathen zu sein; eine ernsthafte und eingehende Widerlegung ist von ihnen bis jetzt auch nicht einmal versucht worden. Die reactionären Zeitungen, nun doch nicht ganz zu schweigen, griffen zu dem gewöhnlichen Ausflussmittel; sie schwärmten, verdächtigten und bestätigten so ihre moralische Vernichtung mit eigenem Munde. Doch begnügten sie sich damit nicht. Um für die Zukunft der Gefahr ähnlicher Niederlagen zu entgehen, forderten sie die Staatsgewalt auf, den Gegnern, die sie nicht zu widerlegen vermögen, den Mund zu verbinden. Der Volksvertretung, die doch auch in unserm Staate die höchste gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Könige ausübt, soll nach ihrem Verlangen das freie Wort, welches ihnen die Verfassung ausdrücklich gewährleistet, beschränkt werden. Gerade bei dieser Gelegenheit gebardet sich das unter den gegenwärtigen Umständen wichtigste Organ der Reaction, nämlich die „Nord. Abg. Blg.“, so, daß man in der That fragen muß, ob ihr denn der gesunde Menschenverstand schon gänzlich abhanden gekommen ist?

In ihrem Blatte vom 25. Mai hatte die „N. A. Blg.“ noch im Gegensatz zu andern reactionären Kundgebungen erklärt, daß nach ihren politischen Grundsätzen die Abgeordneten für keinen ihrer im Abgeordnetenhaus gesprochenen Worte außerhalb derselben verantwortlich gemacht werden dürften. Sie hatte ausdrücklich hinzugefügt, daß nach ihrer, mit den Entscheidungen des Obertribunals von 1853 und 1865 übereinstimmenden Auslegung auch der Artikel 84 der Verfassung den Abgeordneten die volle Unverantwortlichkeit außerhalb des Hauses gewährleiste. Aber schon in dem Blatte vom 28. Mai sagt dieselbe Zeitung das genaue Gegenteil von dem, was sie selbst nur drei Tage früher mit großer Emphase erklärt hatte. Sie sagt nämlich, daß der bekannte Antrag einiger Mitglieder des Herrenhauses „die allseitigste Anerkennung verdienen“, weil dieselbe darauf hinausgehe, daß auch die Abgeordneten für die in den parlamentarischen Verhandlungen... vorgefallenen Personalinjuren, Verleumdungen und andere verbrecherische Ueberhungen“ fünfzig vor dem Strafrichter verantwortlich gemacht werden sollen.\* Sie proklamirt also jetzt als ihren politischen „Grundsatze“ das Gegenteil von dem, was sie drei Tage vorher proklamirt hatte. Ja, sie billigt jetzt auch die ihrer eigenen früheren Auslegung entgegengesetzte Interpretation des Artikels 84, denn sie empfiehlt der allseitigsten Anerkennung“ auch das Mittel, durch welches nach dem Antrage der Herren die neue Verantwortlichkeit der Abgeordneten eingeführt werden soll, nämlich nicht etwa durch Abänderung, sondern durch „Declaracion des Artikels 84 im Wege der Gesetzgebung“. Es soll also declarirt werden, daß Art. 84 einen Sinn habe, den er nach der Auslegung des Obertribunals und der eigenen früheren Auslegung der „N. A. Blg.“ eben nicht hat.

\* Des vollen Verständnisses wegen eitern wir die Worte des Antrages vollständiger, als die „N. A. Blg.“ es thut.

Freilich kann man erwiedern, daß diese Widersprüche des reactionären Blattes nur beweisen, daß binnen drei Tagen eben der Wind sich gedreht habe. Aber wer auf dem Wege des gesunden Menschenverstandes bleiben will, kann eben keine Wetterfahne sein. Ist einer aber eine Wetterfahne, und hat er dabei noch das Gefühl, daß es notwendig sei, wenigstens den Schein des gesunden Menschenverstandes behaupten zu wollen, dann macht er wenigstens nicht so plötzliche und so ganz unvermittelte Wendungen.

Indes wir haben wo möglich noch stärkeres anzuführen. In demselben Sonntagsblatt steht die „N. A. Blg.“ zuerst denselben „Passus“, in welchem die Antrag stellenden Mitglieder des Herrenhauses darauf hinweisen, „daß durch die straflos bleibenden Ausschreitungen das Ansehen der Landesvertretung in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird“; — kaum wanzig oder dreißig Zeilen weiter behauptet sie, „daß die Taktik, welche die Majorität der Abgeordneten beobachtet, daß in ne Ausschreitungen, jene bestimmen und aufreize den Anklagen gegen die Regierung, die von der Tribune in das Land geschleudert werden, ganz unbestreitbar das Resultat haben werden, die Achtung und den Einfluß der Regierung bei dem Volke systematisch zu untergraben und eines schönen Tages (bei dem Hinzutreten äußerlicher Umstände) den Widerstand gegen die Regierung aus dem Abgeordnetenhaus auf die Straße zu verlegen“.

Natürlich euren wir dies Gerede nicht, um bloss der „N. A. Blg.“ zu beweisen, daß sie damit den gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt; denn das soziale die Mühe nicht. Wir citieren sie vielmehr, weil „Method“ in diesen und ähnlichen Neuauflagen der sogenannten „conservativen“ Presse liegt. Die Reaction scheint in der That mehr und mehr zu begreifen, daß die Stimmung im Lande, die gerade nach der Zeit „der Erfolge“ immer entschiedener hervortreten ist, von dem erschöpften „Umschwung“ nicht die mindeste Spur erkennen läßt und die bedeutungsvollen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, welche die tiefen und verbänglichvollen Schäden unseres gesammten Staatslebens nach allen Richtungen hin aufdecken, eine tiefe und nachhaltige Wirkung machen müssen. Darum alle diese Herrn dieser „gutgesinteten“ Presse; darum die als bisher Geleistete überzeugende Lehre der „Kreuzzeitung“, daß unter Umständen der Bruch des Eides eine litthliche Pflicht sei; darum die Drohung der „Nord. Abg. Blg.“, daß die Abgeordneten, wenn sie nicht selbst zur Aufhebung ihrer Redefreiheit die Hand bieteten, die constitutionelle Verfassung für Preußen unmöglich machen.

Dazu kommt denn noch schließlich die „Berliner Revue“. Sie verlangt als „legtes Mittel“ die Ausscheidung sämtlicher Beamten aus dem Abgeordnetenhaus und den Wahlkörpern. „Kommt dann keine die Wohlfahrt des Landes kennende und fördernde Kammer zu Stande, so gebe man dreist und mit gutem Gewissen eine Form auf, die sich als ungenügend erwiesen hat.“ Solche Raubschläge wagen die Organe der sogenannten „conservativen“ Partei offen vor aller Welt der Regierung zu erheben — und dann reden sie noch vom „guten Gewissen“!!!

## Landtagsverhandlungen.

[Oldb. C.] 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Juni.

Präsident Grabow thieilt eine Einladung eines Vaters von 18 Kindern zur Taufe seines jüngsten auf dem Gesundbrunnen für das Haus der Abg. mit. — Auf der T.-D. steht der außerordentliche Mehrbedarf für die Marine. Die Regierung verlangt für die Bauten in Kiel und an der Fahrt, für Panzerfregatten und schwere Gußstahlgeschütze ein Anliehen von 10 Millionen Thaler, die im Laufe der nächsten 9 Jahre dem Kriegs- und Marineminister zu überweisen sind. Die Commission hat diese Forderung einstimmig abgelehnt. Referent ist Abg. Birchow. Die Reihenfolge der Redner wird durch das Los bestimmt. Für die Vorlage Wagener v. Gablenz, v. Vincke, v. Weitschke-Collande, Graf v. Wartensleben; gegen die Vorlage Michaelis, Löwe, v. Benda, Hartkort, Dunder, v. Bunsen, Jung, Waldeck, Runge, Twesten, Frese, Kerst und Meibauer.

Abg. Wagener: Nach den letzten Verhandlungen ist es mir zweifelhaft, ob durch Redehalten in dieser Frage irgend ein Erfolg erzielt werden kann. Allein ich hege noch ein Mal die Hoffnung, daß die Conflicte in den Hinterrund treten werden, wo es sich darum handelt, das Vaterland dem Auslande gegenüber zu vertreten, in Gleichmachung des preußischen Patriotismus und Nationalgefühls dem Auslande gegenüber als eine compacte Flottille zu erscheinen. Die technische Seite der Vorlage zu vertreten, werde ich denen überlassen, die es verstanden haben, die preußische Flotte den Dänen von ihrer Lichtigkeit zu zeigen. — Gegen die finanzielle Seite der Vorlage ist in der Commission nur die Differenz hervorgetreten, daß Sie die Mittel nur in, nicht neben dem Etat als Anleihe bewilligen wollen. Im J. 1862 haben Sie eine ratorenweise Bewilligung für die Marine abgelehnt, weil Sie nur die Gesamtlasten bewilligen wollten, jetzt kommt Ihnen die Regierung auf diesem Wege entgegen, und nun verwerfen Sie, was Sie damals empfahlen. Ebenso schlagen Sie eine Bewilligung im Extraordinarium vor und vergessen, daß durch eine solche der Conflict über die Militärvorlage entstanden ist. In der Armee-Reorganisationsfrage dringen Sie auf ein Gesetz, in der Marine Ang. legt Ihnen die Regierung ein solches vor, Sie lehnen es ab! Sie sagen, wir können nicht zustimmen, weil es sich um ein Vertrauensvotum für das Ministerium handelt, Sie werden aber den Rücktritt derselben dadurch nicht erreichen, ich hoffe, daß das Ministerium langlebiger sein wird, als Ihre Opposition. Das Ministerium verlangt aber gar kein Vertrauen, es verlangt nichts als Geld. (Gelächter.) Es verlangt es nicht für sich, nicht für unbestimmte Zwecke, sondern für Zwecke, die unauffindbar sind. Deshalb komme ich zu der Conclu-

sion, daß Sie mit der Verweigerung dieser Mittel sehr nahe streifen an dir Categorie der parlamentarischen Staatsstreichs (Lebh. Widerspruch im linken Centrum). Wenn Sie das Recht haben, uns ungerügt tagtäglich Verfassungsbrüche vorzuwerfen, so werde ich wohl sagen dürfen: Sie streifen an die Categorie parlamentarischer Staatsstreichs. (Vinks: Ja wohl! Immerhin!) Sie machen sich eines Missbrauchs des Budgetrechtes schuldig, indem Sie durch Verweigerung der Anleihe den Rücktritt des Ministeriums erlangen wollen. Damit greifen Sie ferner ein in die Prärogative der Krone, der es allein zusteht, ihre Nähe zu berufen. Gleichzeitig aber gefährden Sie die Interessen des preußischen Vaterlandes in den Herzogthümern und setzen die Regierung ernsten Eventualitäten aus. (Hört! Hört!) Die Regierung verlangt die Anerkennung des Bedürfnisses der Erweiterung der Marine und die geistige Ermächtigung zur Erreichung dieses Ziels. Ich weiß es, daß politische Erwägungen und Interessen den Ausschlag geben (ehr richtig!) und ich hoffe, daß dies auch von allen Rednern offen gesagt werden wird, damit Regierung und Land wissen, woran man auch in dieser Frage ist. Lieber die Festigungen am Küstebusen brauchen wir hier nicht zu rechnen, sie beruhen auf Verpflichtungen aus kontaktmäßigem Abkommen. Wobei aber die politische Seite besonders dominirt, das ist bei dem Kieler Hafen, und ich will hierbei unsre Stellung in der Schlesw.-Holst. und Deutschen Frage präzisiren. Die Ablehnung der Vorlage wird in dem Bericht durch die politisch Unfähigkeit des Ministeriums in den auw Angeleg. und die mangelhafte, durch nichts befestigte Stellung des Preußischen Gouvernements in den Herzogthümern motiviert. Ich behaupte, die auswärtige Politik könnte schwerlich besser geführt werden, als es durch das Ministerium geschieht, selbst wenn der Oberdiplomat Ihrer Partei (zur Linken) an der Spie des ausw. Amtes gestanden hätte oder Oder-Meier gewesen wäre (Gelächter). Der von dem Ministerium betretene Weg war der einzige, um einen deutschen Krieg zu verhindern und das Ausland von der Action auszuschließen, der einzige, das zu erreichen, was wir erreichen wollen, und mehr als das, was Sie erreichen wollten. Eine Lösung Preußens vom Londoner Protokoll, wie Sie es verlangen, hätte Preußen den Vorwurf des Wortreiches und eine völlige Isolation eingetragen. Nur das Vorgeben Preußens, und auch das nur in Verbindung mit der dänischen Hartwüdigkeit, war der Weg zur Lösung des Londoner Protokolls. Niemand ist berechtigt, zu sagen, es habe der Regierung von Hause aus an einem festen Platze gemangelt. Sie kennen die Stellung der Großmächte und selbst Österreich zum Londoner Protokoll; ich behaupte, daß das Vorgehen Preußens das einzige Mittel war, England von neuem aktivem Vorgehen und damit zugleich Frankreich fern zu halten. Am meisten bedenklich aber war die England die Allianz zwischen Preußen und Österreich, weil sie bedenklich für seine Zwecke ist und weil eine gleichzeitige Demütigung beider deutschen Großmächte Frankreich ein zu großes Übergewicht verschafft hätte. Und Frankreich stand auf dem Sprunge nach seiner Art, wie man das ja kennt, für die Zwecke der Civilisation das Schwert zu ziehen, um wie gewöhnlich mit einem kleinen Andecken, wie aus Italien zurückzukehren. Was kann nun überraschender sein, als daß diese Allianz mit Österreich als der schwerste Einwand gegen die Politik des Ministeriums erhoben wird? Nehmen wir doch einmal den günstigsten Fall an, daß die Lösung zur Bundesfahrt gemacht wäre, hätten Sie dadurch Österreich ausgeschlossen? Hätten die Contingente der kleinen Staaten mehr geleistet, als die 500 000 Bajonetten der Österreicher? Ich behaupte, hätten wir die Sache nach Ihrem Plan angefangen, so ständen wir jetzt den schlimmsten Eventualitäten gegenüber. Nicht im Interesse der Herzogthümer, nicht aus eigenem Rechte ständen wir dort, sondern wir wären verpflichtet, uns durch Bundesbeschlus majorisieren zu lassen. Ich glaube nicht, daß wir Sympathien für unsre Machstellung in den Mittelstädten zu erwarten haben und daß dann Österreich einen weiteren und stärkeren Einfluß üben würde, als es jetzt thut. Aber Ihr Hauptzweck war, den Herzog von Augustenburg zum Herrn von Schleswig-Holstein zu machen, das können wir aber noch jeden Tag haben. Ihr Vorderjag ist aber auch hier die Rechtsfrage, auch auf diesem Wege ist Ihnen die Regierung entgegengekommen, indem sie ein rechtliches Gutachten extra holt. (Gelächter.) Ich finde das durchaus nicht lächerlich, die Verfasser sind Staatsmänner von anerkanntem Ruf und ich meine, daß man ihre Unparteilichkeit nicht wird anzweifeln können, ob dabei aber Ihr damaliger Prätende gut abschneidet, werden wir ja sehen. Die Frage, wer Herzog wird, ist sehr untergeordnet. Die Ansprüche, welche wir verfüllten, muß Preußen von jedem als Minimum verlangen. Gegen das Aufgeben des Kieler Hafens ist Ohne, welches Sie immer noch im Munde führen, ein Kinderspiel. Wir müssen den Kieler Hafen festhalten und müßten wir darum einen Krieg bis ans Meer führen. Das Aufgeben des Kieler Hafens wäre die tiefste Mißachtung des preußischen Namens, eine Demütigung unseres Ansehens, eine Herauslösung unserer Machstellung. Ich behaupte, daß die Stellung Preußens in den Herzogthümern die beste ist, die es haben kann, erobert haben wir die Herzogthümer nicht, aber wir haben sie dem gemeinsamen preußischen und deutschen Vaterlande wieder gewonnen, wir können es aber nicht darum gehabt haben, um einen kleinen deutschen Fürsten an unsere Nord-Flanke festzusetzen und den Particularismus zu fördern. Wir können aus Kiel nicht heraus, alle Einwendungen da gegen helfen nicht. Wir stehen in Folge eines völkerrechtlich unantastbaren Friedens als Witbesitzer von Schleswig-Holstein da, wir haben uns mit unserem Witbesitzer auseinander zu setzen, wie dies geschehen kann und wird, weiß zur Zeit Niemand. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Vielleicht will irgendemand

von Ihnen die Lösung fogleich übernehmen, ich würde Ihnen dankbar sein, und ich glaube, der Hr. Minister des Auswärts wäre es auch. Sie erkennen ja selbst den Besitz des Kieler Hafens als nothwendig an, Sie haben aber die Mittel nicht bewilligen, weil Sie diesem Ministerium überhaupt nichts bewilligen, damit stellen Sie das Ministerium vor kritische Fragen. Sie können in der Marinefrage Ihre Stellung vor dem Lande und vor Ihren Wählern nicht halten. Die kleine Schnur von Resolutionen, die durch den Bericht geht, ist charakteristisch für das Maß politischer Leibschmerzen, welche Sie dabei gehabt haben. (Gelächter.) Es handelt sich um Verlasse, die die Regierung nicht unbefriedigt lassen darf, wenn sie ihre Pflicht nicht gründlich verlegen will, und Sie zwingen sie noch einmal zu der Erklärung, daß sie das Geld, das Sie verweigern, nebstmals muß, wo sie es findet. (Vörtl! Vörtl!) Ich habe die Hoffnung, daß Sie die Regierung nicht zum zweiten Male in diese Lage bringen werden, ich hoffe, daß Ihre Liebe zu Preußen größer sein wird, als Ihr Hass gegen das Ministerium. (Beifall von den Conservativen links.)

Abg. Michaelis: Der Hr. Vorredner hat die Vorlage uns gewissermaßen in verschiedenen Anzügen vorgeführt, ich aber sehe in ihr nur das Eine, daß die Regierung von uns eine Anleihe verlangt, und zwar für Zwecke, denen dieses Haus oft seine Sympathien ausgedrückt hat, eine Anleihe aber in einem Augenblick, wo unser Budgetrecht noch nicht wieder anerkannt und in Kraft gesetzt ist. Glaubt denn die Regierung, unser Budgetrecht stehe so isolirt von allen übrigen Einrichtungen des Staates da, daß sie eben nur das Eine wegräumen könnte, und in den übrigen ginge der Staat vor, wie sonst? Hat sie nicht bedacht, daß das Recht, die Ausgaben jährlich zu bewilligen, in einem Zusammenhang steht mit dem Rechte, den Credit des Staates zu belasten? In dem Rechte, die Ausgaben jährlich zu bewilligen, haben wir das Recht der Kontrolle der Finanzverwaltung, und das Mittel, die Finanzverwaltung in den Bahnen zu halten, welche den Gläubigern des Staats ihre Forderungsrechte gegen den Staat sichern. So lange wir dieses Recht und diese Macht nicht ausüben, ist das Haus nicht competent, irgend Jemanden aufzufordern, durch seine Zustimmung zu einer Anleihe dem preußischen Staat Credit zu geben, so wenig wie das Haus competent ist, irgend Jemanden aufzufordern, dem österreichischen oder russischen Staate Credit zu geben, denn es hat eben so wenig Einfluß auf die Finanzverwaltung dieses Staats, als auf die fremden Staaten. (Sehr richtig.) Außerdem liegt hier eine Anleihe vor von einem sehr geringen Betrage, der über eine Reihe von Jahren verteilt werden soll, und auf die Frage der Budget-Commission, das sei ja eine Budgetbewilligung auf mehrere Jahre, antwortet die Reg. nur, die jährlichen Raten sollen eben auch jährl. auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden; diese Garantie sollt Ihr haben. Was die Reg. sich dabei denkt, wenn sie uns das als Garantie bieten will, begreife ich in der That nicht. Wenn wir Anleihen bewilligen, so gehört das Geld zu den Mitteln, welche die Regierung nimmt, wo sie sie findet, und wenn wir festhalten an unserem Kampfe für unser Verfassungsrecht, einem Kampfe, der nicht bloß für Preußen, sondern für ganz Deutschland von entscheidender Wichtigkeit ist (sehr wahr), so können wir der Reg. die Anleihe nicht bewilligen. Der Herr Ministerpräsident hatte uns in der Comm. aufgefordert, zu Gunsten des Kieler Hafens, der so lange ein Desiderium des Landes und Hauses sei, die Anleihe zu bewilligen, aber der Herr Minister hätte sich vor einigen Jahren überlegen sollen, daß es schwer ist, mit einem Staat zu operiren, dem man dadurch, daß man die Landesvertretung ihrer verfassungsmäßigen Rechte entledigt, das Herz aus dem Leibe gerissen hat. (Sehr gut!) Das hätte er sich vorher überlegen sollen, daß für eine kräftige Politik nach Außen eine Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte im Innern die unerlässliche Voraussetzung ist. (Sehr richtig.) Er möge nicht glauben, daß unser Votum unser patriotischen Herzen leicht werden wird, aber der Staat, dem das verfassungsmäßige Recht genommen, ist in seiner Wirkungsfähigkeit verhindert, und die Lage, in welcher der Herr Minister gegenwärtig in den Herzogthümern sich befindet, mit einem Mitbesitzer auf der einen Seite und ohne Sympathie der Bevölkerung auf der anderen Seite, diese Lage ist der Ausdruck der Rückwirkung der Verlegung des verfassungsmäßigen Rechts auf die auswärtige Situation (Sehr gut!) Ich bin ernstlich bemüht gewesen, die Wege zu finden, auf denen der Conflict einer verfassungsmäßigen Lösung eugeführt werden könnte; alle unsere Bemühungen sind an dem Naturaus, oder non possumus der Regierung gescheitert. Wenn der Vorredner gemeint hat, daß wir die Anleihe bewilligen müßten, weil die Erwerbung des Kieler Hafens eine Forderung sei, von der abzugehen, einem zweiten Olmütz gleichstehe, dann sage ich, es giebt noch mehr solcher Forderungen an die Herzogthümer, von denen abzuheben ein zweites Olmütz sein würde, aber wo haben wir die Garantie, daß die Bewilligung der Anleihe die Regierung in den Forderungen festhalten wird, die wir durch das preußische Interesse geboten erachten? (Bustimme.) Als die Anleihe eingebrochen wurde, glaubten wir aus den Neuerungen des Herrn Marineministers entnehmen zu müssen, daß er uns ein Festhalten an dem Besitz von Kiel in Aussicht stelle und durch Anlage von Befestigungen dort ein fäit accompli schaffen werde. Einige Tage darauf hören wir, daß die Regierung erst über diese Frage mit ihrem Mitbesitzer sich einigen müsse und heute hören wir, daß man gern unsere Rathschläge hören möchte, wie man sich mit diesem Mitbesitzer auseinandersezgen solle. (Hr. v. Bismarck sieht sich nach dem Redner um, Heiterkeit.) Ja, m. H., die Landesvertretung kann, wenn sie sich in Übereinstimmung mit der Staatsregierung weiß, mit dieser zusammen ein fäit accompli schaffen wollen, aber dann muß sie auch sicher sein, daß die Regierung festhält und daß diese Sicherheit nicht vorlag, haben wir bereits erfahren. Es ist in Betreff des Kieler Hafens von Verträgen und Vereinbarungen mit den Herzogthümern die Rede gewesen und der Commissionsbericht sagt: zu einem rechtlichen Abschluß könne man nicht gelangen, bevor man nicht die Constitution der Herzogthümer habe vor sich gehalten lassen und um Verträge zuschließen, bedürfe es legitimer Contrahenten. Gegen diese Auffassung wollte ich mich vertheidigen. Der Staat Schleswig-Holstein ist noch nicht da, er soll aber constituit werden, nachdem preußische Waffen und preußisches Blut von den Dänen ihn bereit haben, und wenn er nun wirklich constituit sein wird, dann wird es wieder unsere Aufgabe sein, seine Unabhängigkeit mit unserer Macht und unseren Mitteln aufrecht zu erhalten. Weder Schleswig-Holstein, noch der Bund ist im Stande, diese Unabhängigkeiten zu garantiren, das kann allein Preußen. Der preußische Staat hat mitzusprechen bei der Constitution und er sollte mit der Geltendmachung seiner berechtigten Forderungen nicht warten, bis die Constitution vollzogen, damit gegen diese Forderungen dann ebenso verfahren werde, als man es von andern deutschen Bundesstaaten gegen uns gewohnt ist. Daß wir den Schutz leisten

müssen, weiß ganz Deutschland. Wenn aber dem so ist, dann verlange ich, daß gleichem Schutz gleiche Leistung für den Schutz entpreche und daß bei der Constitution der Herzogthümer in unlöslichen Bedingungen ein Verhältniß zu Preußen geschaffen werde, welches die Mitzwirkung der Herzogthümer zu diesem gemeinsamen Schutz in militärischer und maritimer Hinsicht sichert. Das ist nicht ein Vertrag mit einem fertigen Staat, das ist eine Modalität der Constitution dieses Staates. (Hört!) Wenn Preußen von diesen Bedingungen abginge, so würde es nur eine Unterstützung der partikularistischen Strebungen gegen Preußen schaffen. Was die Resolution des Abg. Wagener anbetrifft, so liefert sie bloss den Gegnern Preußens Waffen in die Hände. Der Resolution des Abg. v. Carlowitz gegenüber glaube ich, daß die Kieler Hafenfrage ganz auf gleichem Boden steht mit der Frage des maritimen und militärischen Anschlusses, und deshalb eben so behandelt werden muß. Ich habe von dem Standpunkte der preuß. Staats-Interessen aus gesprochen und erwarte, daß man mir entgegenhält, ich sei ein preußischer Particularist. Ja, ich bin der Ansicht, daß der preuß. Staat ein historisches Product deutscher Staatsköpfungskraft ist, daß er hervorgewachsen aus dem heiligen römischen Reich, um nach dem staatlichen Ruin des dreißigjährigen Krieges auf neuer Basis Deutschland neu wieder aufzubauen. Ich glaube, daß, wenn Preußen vermöge eines gesunden Staatsgeistes seine Staatsinteressen verfolgt, dann muß es, dann kann es nicht anders sein, dann verfolgt es die Interessen Deutschlands, und wir, die wir berufen sind, die Staatsinteressen Preußens zu vertreten, haben die Aufgabe, gerade in den Interessen Preußens die davon untrennbar Interessen Deutschlands zu fördern. (Lebb. Bravo.)

Abg. v. Gablenz (für die Reg.-Vorlage; im Zusammenhange nicht zu verstehen; das Haus leert sich; auch die Minister v. Bismarck und v. Roon verlassen während der Rede den Saal): Preußen müsse sich in seinen berechtigten Forderungen mit Deutschland und Österreich auseinander zu setzen suchen. Das ginge am besten durch eine Reform der Bundeskriegsverfassung, welche die südlichen Contingente an Österreich, die nördlichen an Preußen anschließe. Preußen könnte auf die Annexion verzichten, wenn die Bundeskriegsverfassung seinem Bedürfnisse entsprechend reformirt würde. Geschehe dies nicht, so solle es sich ganz auf eigene Füße stellen und aus den Herzogthümern nicht herausgehen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Löwe (das Haus fällt sich wieder): Ich freue mich, daß die Partei, von der man dies sonst nicht gewohnt ist, Sympathien für den bundesstaatlichen Standpunkt und für die Marine, die doch mehr ein "demokratisches Institut" sein wird, zu erkennen gegeben hat. Im Jahre 1848 war man der Überzeugung, daß Deutschland unter einer Verfassung geeinigt und daß die Macht Deutschlands mehr in eine Hand gelegt werden müsse. Als man diese Gedanken fallen ließ, trat auch die einzige wirkliche Schöpfung, die deutsche Marine, in den Hintergrund. Sie (sur Rechten) sagen, die Marine sei populär und notwendig. Das erste gestehe ich zu, das zweite aber nicht unbedingt, denn absolut notwendig ist nichts, als die eigene Existenz. Der Krieg bis ans Messer, auf den Sie hinweisen, beginnt erst bei der Existenzfrage. Mein Freund Michaelis hat schon auseinandergesetzt, weshalb wir die Anleihe nicht bewilligen können; ich will nur noch hinzufügen, daß ich nicht erst bis zu dem Gewissenscoachset, den er aus der Verfolgung unserer verfassungsmäßigen Rechte herleitet, zu kommen brauchte, um mich zu entscheiden. Ich sagte mir schon früher, wie die Dinge zur Zeit liegen, können wir unmöglich die Anleihe bewilligen und am wenigsten für einen Plan, der 10 Millionen als Handgeld fordert und zuletzt auf 50 Millionen zu stehen kommen wird. Wir haben wieder einen Plan, lediglich mit preußischen Mitteln deutsche Zwecke zu verfolgen, alle Kräfte darauf zu verwenden, um eine Marine zu schaffen, die weit über das Notwendige hinausgeht. Wenn man von uns verlangt, in fremden Meeren Flotten zu halten, um den deutschen Handel zu schützen, dann muß uns auch die Garantie gegeben werden, daß Deutschland zu diesen Flotten beiträgt. Die deutsche Handelsflotte ist nicht nur eine große, sondern auch geachtete, entstanden ist sie aber, indem die Regierungen ihr den Wunsch erfüllten, den Diogenes an Alexander richtete: Tritt mir aus der Sonne! Sie haben an dieser Schöpfung nichts gethan, aber auch nichts gehindert. Das ist Alles. Unsere Handelsmarine hat sich aber in einer eigenthümlichen Richtung entwickelt, sie hat nicht den Fuß auf eigenem Boden um aus ihm Kräfte zu holen; sie vermittelt den internationalen Verkehr. Wie weit diese Marine wachsen wird, weiß ich nicht, aber das wiederhole ich, daß die deutschen Schiffe hochgeachtet und gefucht sind. Nun erinnere ich daran, wie wir in den Militärkonflikt gekommen sind; dadurch, daß wir mit der wachsenden Macht der Nachbarn gleichen Schritt halten sollten. Der Hr. Kriegsminister hat uns gesagt, daß die preußische Ehre es erfordere, diese Opfer zu bringen; ich kann mich in meinem bürgerlichen Herzen dabei nicht beruhigen; ich sage, daß Preußen sich nicht in Sicherheit unter übermächtigen Nachbarn befindet, wenn es nicht ganz Deutschland in seine Vertheidigungslinie hineinziehen kann. Es handelt sich nicht um die paar Regimenter, die wir mehr haben, sondern um eine deutsche Armee und einen deutschen obersten Kriegsherrn, und darum, die andern obersten Kriegsherrn los zu werden. Nun sollen wir, nachdem die preußische Kraft auf das höchste angespannt und unsere Finanzen für die Landarmee auf's höchste belastet sind, auch noch eine Marine schaffen, für welche sich die Ausgaben auf 50 Millionen belaufen werden? Ich gestehe Ihnen offen, daß ich die Marine liebe und in mein Herz eingeschlossen habe. Niemand wünscht mehr als ich, daß wir die Mittel bewilligen könnten, und wenn ich sie dennoch nicht bewillige, so geht der Grund davon nicht an das Ministerium heran, sondern ich frage mich, ob mit diesem uns vorgelegten Anfang nicht weit über das Maß unserer Kraft hinausgegangen werden kann? Täuschen Sie sich nicht, der Rahmen, der uns in dieser Vorlage vorgelegt ist, den anzufüllen sind wir nicht im Stande, selbst unter Zufluchtnahme der uns durch Schleswig-Holstein gebotenen Mittel, ohne unsere Kraft übermäßig anstrengten. Die Flotte geht weit hinaus über unser Vertheidigungssystem. Von den politischen Fragen will ich mich so fern als möglich halten. Nur die Frage möchte ich stellen, welche Anstrengungen denn unser Ministerium auf anderen Gebieten gemacht hat, um die bundesstaatlichen Verhältnisse — die ich durchaus für notwendig für die Marine halte, ohne welche ich keine preußische Marine will, will sie den Staat erdrücken — welche Schritte das Ministerium im Laufe seiner Existenz gethan hat, um ein solches bundesstaatliches Verhältnis ins Leben zu rufen? Daß das unabdingte Lob der Handelspolitik des Ministeriums kann ich nicht einstimmen; es hat eine große Erbschaft des vorigen Ministeriums übernommen; und wenn ich auch nur ein Mitglied dieses früheren Ministeriums hier anwesend sehe, so kann ich doch nicht um-

hin, dieses Lob hier auszusprechen. Das vorige Ministerium hat, getragen von der nationalen Bewegung und Unterstützung, eine Reorganisation des Bollvereins angebahnt, die nicht nur Preußen eine bessere Stellung im Bollverein gegeben, sondern auch unser Consular- und Marinewesen gehoben hat. Redner schließt nach einigen weiteren Ausführungen: Ich kann die Mittel nicht bewilligen, weil der Marine-Plan eine Ausdehnung gewinnt, die über Preußens Mittel hinausgeht, ich könnte die Mittel nur bewilligen, wenn ich den Anfang sähe zu den bundesstaatlichen Verhältnissen, die uns die Möglichkeit gewähren, eine deutsche Marine zu bekommen, und ich könnte die Mittel nur bewilligen für vorhandene Thatsachen, nicht für Hoffnungen und Pläne, welche dieses Ministerium vorlegt, weil ich diese Hoffnungen und Pläne nicht übersehen kann, und weil ich Grund zu dem Misstrauen habe, daß es auf dem bundesstaatlichen Wege ausharren werde. Ich kann die Vorlage nicht unterstützen, so lange das Ministerium unser Budgetrecht nicht anerkennt, so lange ich nicht offen und klar die Politik des Ministeriums übersehen kann. (Bravo.)

Abg. v. Winck (auf der Tribüne gänzlich unverständlich) erklärt sich für die Genehmigung der Vorlage, hält aber eine Anleihe nicht für thunlich.

Ministerpräsident v. Bismarck: Nach dem Gesamteindruck der Rede kann ich nicht läugnen, daß ich bedauere, daß bei so vielen vorhandenen Punkten des Einverständnisses doch eine Verständigung zwischen uns über die auswärtige Politik sietz mislingt. Ich bin fast dazu gedrängt, einen ziemlich äußerlichen und frivolen Grund dafür anzunehmen: es ist das die unbefriedigte Neugier. Könnten wir uns hier immer recht vollständig, klar und deutlich vor Ihnen über Alles aussprechen, was wir thun —, ich glaube, Sie würden weniger geneigt sein, uns entgegen zu treten. Lieben sich z. B. die Gründe der russischen Convention vorlegen —, ich glaube, die Meisten würden sie billigen. Ich will nur erwähnen, daß uns die Convention mit Russland nicht geschadet hat in der dänischen Frage, daß im Gegenteil in den vergangenen wie in den zukünftigen Phasen dieser Frage das Verhältnis Russlands zu uns kaum ein so freundschaftliches sein würde. Hätten wir vor 1½ Jahren in der Lage sein können, hier offen mitzuteilen, welche Ziele wir haben —, ich glaube, Sie würden so viel nicht dagegen eingewendet haben. Es giebt Protocolle, so ähnlich wie die Protokolle dieser Sitzungen, aus denen in Zukunft beweisbar sein wird, daß wir seit dem September 1863 unsere Ziele nicht gewechselt haben. Auch jetzt dürfen wir Ihnen die Wahrscheinlichkeit, die wir haben, unsere Politik in den Herzogthümern durchzuführen, die Wege, auf denen wir dies zu erreichen gedenken, mit der Klarheit auseinander sehen, mit der ich es in diesem Augenblick Niemand Anders als Sr. M. dem Könige zu entwickeln im Stande bin, — ich glaube, Sie würden die Festigkeit Ihrer Opposition nachlassen. Aber, wenn Sie in die Technik der diplomatischen Geschäfte eingeweiht wären, Sie würden uns nicht in der Weise drängen, auch nicht dadurch, daß Sie Aeußerungen aussprechen, welche das Ministerium des Ausw. in die Verlegenheit segen, entweder durch Stillschweigen sie gewissermaßen zu sanctionieren oder durch Widerlegung eine Meinung zu äußern, die aus politischen Gründen besser verschwiegen bliebe.

Es hat wohl keine Frage so übereinstimmend in Deutschland interessiert, wie die Flottenfrage. Vereine, Landtage, die Preise haben ihren Sympathien Ausdruck gegeben in Stiftung von bedeutenden Beiträgen, und den conservativen Regierungen wurden Vorwürfe gemacht über die Langsamkeit und Kargheit in dieser Sache. Wir glauben deshalb Ihnen eine rechte Freude zu machen mit dieser Vorlage (Heiterkeit), die Freude aber, so muß ich aus den Neuerungen des Vorredners entnehmen, ist einigermaßen abgestumpft. Es ist der Meinung, daß Preußen zu schwach sei, um diese Last zu tragen, daß sie nur getragen werden könne, wenn man die andern deutschen Staaten in Mitleidenschaft zieht, so lange, bis uns das nicht gelungen, scheint er sogar auch den preußischen Staat in seiner bisherigen Schuglosigkeit belassen zu wollen. Wenn die Regierung das wollte, so wäre es gewiß leichter für sie, als nach der Herstellung einer preußischen Flotte zu streben. Sehr schwierig ist es aber, ein freiwilliges Abkommen mit Jemand zu treffen, dem dadurch eine Leistung auferlegt werden soll, wenn man diesen Demand nicht zwingen soll, ihm keine Gewalt anthon darf, — das wird ja von dem Vorredner auf das Schärfste verdammt. Wir sollen nur grimüthige Ueberredung anwenden, damit die Leute zahlen und mehr leisten, als bisher. In Deutschland steht die Sache so: man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern und am wenigsten giebt man das leiseste Höhepunkt auf zum Besten dieses Schutzes. Der Vorredner stellt uns da eine Zumuthung, die selbst dem geschicktesten Ministerium, wie es ihm nach seinem Ideal vorstrebelt und wie er es ohne Zweifel selbst leiten würde (Heiterkeit), zu verwirlichen unmöglich wäre, ohne Gewalt anzuwenden. —

Ich hatte nicht geglaubt, daß der maritime Eryzeiz der liberalen Partei in dem Maße heruntergedrückt wäre, wie es nach den Worten des Vorredners den Anschein hat. Ich glaube, wir würden Ihnen nicht gern gefordert haben (Bewegung). Ich war nicht darauf gefaßt, in dem Berichte eine intrekte Apologie Hannibal Fischers zu finden. (Heiterkeit.) Die deutsche Flotte schiede daran, daß in Deutschland in den höheren regierenden Kreisen wie in den niedern die Parteidenschaft mächtiger war, als der Gemeinsinn. Ich hoffe, daß unser Flotte nicht dasselbe beschieden wird. Ich war ferner darüber überrascht, daß dem Gebiete der Technik in dem Berichte ein so großer Raum angewiesen ist. Ich zweifele nicht, daß es viele unter Ihnen gibt, die vom Seewesen mehr verstehen, als ich und mehr zur See gewesen sind, als ich; die Mehrzahl unter Ihnen aber ist es nicht und ich würde mich nicht getrauen, über technische Fragen der Marine ein Urtheil zu fällen, welches zu einer Abstimmung führen soll. Ich kann mich daher mit der Widerlegung dieses Theils des Berichts nicht beschäftigen.

Näher liegen mir die Linken gewendet): M. H., Sie können nach mir das Wort haben, wenn Sie sprechen wollen. Ich höre zum Unglück sehr scharf, so daß Sie mich fort und fort unterbrechen. Ob es uns gelingen wird, Kiel zu erwerben? Wir bestreben in den Herzogthümern mehr, viel mehr, als Kiel. Wir bestreben die volle Souveränität in den Herzogthümern in Gemeinsamkeit mit Österreich. Ich würde nicht, wer uns aus dem Besitz dieses Fürstentums verdrängen wollte auf anderem Wege als durch einen für Preußen ungünstigen Krieg. Der Besitz ist ein gewissermaßen mit Österreich, es ist wahr: nichts estoweniger ist er ein Besitz, für dessen Aufgeben wir berechtigt sind Bedingungen zu stellen. Eine dieser Bedingungen und zwar die unerlässliche, unter welcher wir diesen Besitz nicht abgeben wollen, ist das alleinige Eigenthumsrecht des Kieler Hafens. Etwas anderes hat, soweit ich weiß, der Kriegsminister auch bei Einführung der Vorlage nicht gesagt. Er hat einen Standpunkt

ausgesprochen, auf dem die K. Regierung noch heute steht. Ich muß deshalb die starken Angriffe, die der Vorredner mehr mit Hilfe der Veredsamkeit als der Logik gegen die Regierung gerichtet hat, für unverrichtigt erklären. Unsere Bedingungen sind so mäßige, daß wir wohl die Hoffnung haben dürfen, sie auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Sie sind bekannt: wir fordern nichts als die Möglichkeit Deutschlands zur See wehrhaft zu machen und gegen die Wahrscheinlichkeit Doppel in nicht zu langer Zeit noch einmal belagern und stürmen zu müssen, diejenige Garantie zu finden, die die Hilfsquellen der Herzogthümer auszugeben können. So lange es nicht einem der Prätendenten gelingt, nach unserer Überzeugung ein besseres Recht als das auf uns übergegangene Christians IX. nachzuweisen, sehe ich nicht ein, wie uns die schließlich Erreichung der Bedingungen, die wir hingestellt, entgehen sollte, sobald wir das Ende ruhig abzuwarten im Stande sind und sich nichtemand findet, der es unternimmt Doppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind. (Bewegung.) Sie sagen, wir sollen uns mit den Herzogthümern über die Erfüllung dieser Bedingungen verständigen. Schon der Vorredner hat gesagt, daß es nicht klar zu übersehen sei, wer die Herzogthümer sind. Herzog von Schlesw.-Holst.-Lauenburg sind gegenwärtig S. M. der König und S. M. der Kaiser von Österreich. Was die Berufung der Stände betrifft, so ist diese bestätigt und wir haben es nicht nötig sie zu vergewaltigen, aber auch nicht uns von ihnen vergewaltigen zu lassen. Kommen wir mit ihnen zur Verständigung, so wird das gewiß ein erfreuliches Resultat sein; gelingt es aber nicht, so wird kein Besluß, keine Proklamation stark genug sein, um Preußen aus den Herzogthümern hinauszutreiben. (Bravo rechts.) Zweifeln Sie, so limitieren Sie die Bewilligung der Anteile davon, daß sie nur dann zahlbar sei, wenn wir Kiel wirklich besitzen; sagen Sie: kein Kiel — kein Geld! Sie zweifeln an unserer Fähigkeit und unserem Beruf die Staatsgeschäfte zu leiten. Ich bin nicht unbescheiden genug, daß mir dergleichen Zweifel nicht mitunter selbst kommen sollten. Ich bin auch ganz überzeugt, daß jeder der Herren, die diese Phrase unterschrieben haben, es an meiner Stelle besser gemacht hätte (Heiterkeit), aber den Beweis haben Sie mir dafür noch nicht geliefert. Die angeführten Fälle passen nicht: Sie schreiben es z. B. der mächtigen Einwirkung dieses Hauses, der liberalen Strömung im Lande zu, daß der Bollverein rechtzeitig wieder hergestellt sei. Ich erinnere nur daran, daß der erste Staat, der eine Breche in die Reihe der Gegner legte, Kursachsen war. Nun glaube ich gewiß, daß Ihre Aussprüche und Meinungen auf manche deutsche Regierung Einfluß üben, auf die Turbessische, glaube ich, nicht. (Große Heiterkeit.) Wir hätten die Crisis des Bollvereins besser ausbeuten sollen; ich glaubte das bei der vorletzten Erneuerung des Vereins, als ich noch neu in Geschäften war, auch; später überzeugt man sich, daß das Bedürfnis der Reconstruction auf alle Fälle hin nicht stark genug bleibt, um Souveränitäts-Berminderungen den Fürsten möglich zu machen. Noch mehr überrascht es mich, daß der Erfolg in den Herzogthümern wesentlich durch Ihre Zustimmung errungen sein soll. Wir sind von einer Zustimmung zu irgend etwas, was die Reg. damals gehabt hat, nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der dam. Anteile Doppel und Alsen erobert, dann habe ich auch die Hoffnung, daß aus der Verweigerung dieser Anteile eine preußische Flotte hervorgehen wird. (Beifall rechts.) Wir hätten mit Ihrem Beistand vielleicht mehr erreicht, jedenfalls ist das, was Ihr Ideal war, jetzt das Minimum, was für die preußische Regierung erreicht ist. Wir können, was Sie vor 1% Jahren erwarteten, in jeder Viertelstunde ins Werk sehen, einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat, sogar mit nicht unerheblichen Vortheilen für Preußen. — Es würde ja aussehen, als solle die Anteile als ein Halb für das Budgetrecht gebraucht werden. Es würde nicht nur so aussehen, es sieht wirklich so aus. Was verstehen Sie unter Ihrem Budgetrechte? Ich will Ihnen meine Auffassung davon entwickeln. (Allgemeine Sensation.) Sie verlangen eine Änderung mehrerer Artikel der Verfassung (Unruhe) In Art. 62 müßte das Budgetgesetz ausdrücklich ausgenommen werden in Bezug auf die notwendige Übereinstimmung der 3. Factoren. Es müßte gesagt werden, die Entscheidung über das Budget steht allein bei dem Hause der Abgeordneten, die andern beiden Factoren müssen sich ihr fügen. Art. 45 müßte lauten: die vollziehende Gewalt steht dem Könige zu, er hat sie aber nicht im Widerspruch mit den Wünschen und Ansichten des Hauses auszuführen. Auch darf er nur solche Minister sich wählen, die das Vertrauen des Hauses der Abg. haben. Um Ihnen zu genügen, müßte Art. 86 enthalten: Die Richter unterliegen der Censur und Kritik des Hauses der Abg. — Mit der Verfassung, wie sie jetzt besteht, können Sie Ihre Ziele nicht erreichen. Sie suchen diese Veränderungen dadurch zu erstreben, daß Sie nützlichen Vorlagen wie in der Bankfrage die Zustimmung versagen, daß Sie versuchen, die Staatsmaschine, so viel an Ihnen liegt, zum Stillstand zu bringen, ja, in der auswärtigen Politik das Gemeinwesen schädigen durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung, um eine Pression auf die Kroate auszuüben, daß Sie ihre Minister entlässe und Ihre Auffassung vom Budgetrecht annehme. Wie Sie sich mit Ihren Wählern dabei abfinden, ist Ihre Sache und keine schwere. Wenn man verspricht, kann man gewählt werden. Die Leute hören gern, wenn Ihnen ein gebildeter Mann, wo möglich ein K. Beamter von 2jähriger Dienstzeit und Verminderung der Steuern spricht. Sie sind träge, zahlen nicht gern, geschmuggelt wird in allen Fällen, namentlich vom weiblichen Geschlecht. Ich schließe daraus, daß die Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang gezahlt werden. Wenn ein Kandidat, der den Wählern sagt: ihr werdet abscheulich getäuscht, man kommt mit der 2jähr. Dienstzeit und viel weniger Steuern aus, so leuchtet ihnen das ein und sie sagen: der Mann spricht klug. Wir wollen es mit ihm versuchen. Gelingt es ihm nicht s. in Programm durchzusetzen, so sagt er: diesmal ist es mir nicht gelungen, aber die 2jähr. Dienstzeit sollt und müßt ihr haben. Daß das Land nicht zu Schaden komme, dafür bürgt den Leutendie Weisheit des Königs, in die sie ihr Vertrauen setzen und mit Reg. setz. Die alte Tradition ist eben noch stärker als die Gewöhnung an die Verfassung. Aber ich kann nicht leugnen, daß es mich in t. peinlichem Endruckt erfüllt, wenn ich sehe, daß einer großen nationalen Frage gegenüber die Verfassung, die in Europa als die Concentration der Intelligenz und des Patriotismus dieses Landes gilt, sich zu keiner andern Haltung als der einer impotenten Negation erheben kann. Es ist das nicht die Waffe, mit der Sie dem Königthum das Scepter aus der Hand wenden werden (Unterbrechung), auch nicht ein Mittel unsern constitutionellen Einrichtungen die Ausbildung und Festigkeit zu geben, de en sie bedürfen. (Lauter Beifall rechts, starkes Bischen links). (Schluß folgt.)

Angekommen 2. Juni, 24 Uhr Nachmittags.

Berlin, 2. Juni. (Abgeordneten) Dr. v. Bismarck weiß die dänischen Zeitungsgerüchte zurück, als habe er Nordschleswig herausgegeben wollen; er hält es unter der Würde, den Uncleotenkram dänischer Blätter zu widerlegen. Daß die Herzogthümerfrage noch nicht erledigt, liege in den hinkaltenden Erklärungen des Erbprinzen. Wir wollen uns nicht an schwankende Zusagen binden und haben keine Abneigung gegen die Umgehung des Erbprinzen. „Ich kenne überhaupt nur sachliche, keine Personenfragen. Wenn die Herzogthümer unsre Bedingungen erfüllen, ist es uns gleichgültig, welche Verfassung sie sich geden. Kriegsminister v. Roos: Soll Preußen für Deutschland eintreten, so darf man die Rottenmittel nicht versagen. Die Behauptung Harborts, unsere Forderungen seien nur eine Abschlagszählung, ist unrichtig. Er hat die angesetzten Summen verdoppelt. Die Mängel der Einübung der Germannenschaften im vorigen Jahre werden nach den heutigen Erfahrungen nicht wiederkehren. Vorher hatten der Abg. v. Bunsen gegen und der Abg. v. Blankenburg für die Reg. Vorlage gesprochen.

#### Vorläufige Uebersicht.

Der Wortlaut, des zwischen Preußen und England abgeschlossenen Handelsvertrages ist, wie uns heute aus Berlin mitgeteilt wird, folgender:

Art. 1. Die Unterthanen der Staaten des Bollvereins, welche in den Gebieten oder Besitzungen J. brit. Maj. und die Unterthanen J. brit. Maj., welche in den Staaten des Bollvereins vorübergehend oder dauernd sich aufzuhalten, sollen daselbst in Beziehung auf den Betrieb des Handels und der Gewerbe die nämlichen Rechte genießen und keinen andern oder höheren Abgaben unterworfen werden, als die Angehörigen des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten Landes. Art. 2. Die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse der Gebiete und Besitzungen J. brit. Maj., welche in den Bollverein und die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse der Staaten des Bollvereins, welche in Großbritannien und Irland eingeführt werden, sollen daselbst, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr, oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und insbesondere keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten dritten Landes. Art. 3. Bei der Ausfuhr nach den Gebieten oder Besitzungen J. brit. Maj. sollen vom Bollverein und bei der Ausfuhr nach dem Bollverein sollen in den Gebieten und Besitzungen J. brit. Maj. Ausgangs-Abgaben von kleinen anderen Waaren und mit keinem höheren oder anderen Betrage erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten dritten Lande. Art. 4. Die Waaren-Durchfuhr nach und von Großbritannien und Irland soll im Bollverein und die Waaren-Durchfuhr nach und von dem Bollverein soll in dem vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland von jeder Durchgangs-Abgabe frei sein. Art. 5. Jede Begünstigung, jedes Vorrecht oder jede Ermäßigung in dem Tarif der Eingangs- und Ausgangs-Abgabe, welche einer der vertragenden Theile einer dritten Macht zugestehen möchte, wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem andern zu Theil werden. Ferner wird keiner der vertragenden Theile ein Einfuhr- oder ein Ausfuhrverbot gegen den andern in Kraft setzen, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen Anwendung fände. Die vertragenden Theile verpflichten sich, die Ausfuhr von Steinlohlen wieder zu verbieten, noch mit einer Abgabe zu belegen. Art. 6. In Bezug der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder deren Verpackung, der Muster und der Fabrik- oder Handelszeichen sollen die Unterthanen der Staaten des Bollvereins in dem vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland und die Unterthanen J. Brit. Maj. in den Staaten des Bollvereins denselben Schutz, wie die Juiländische genießen. Art. 7. Die in den vorstehenden Artikeln 1—6 getroffenen Bestimmungen finden auch auf die Colonien und auswärtigen Besitzungen J. br. Maj. Anwendung. In diesen Colonien und Besitzungen sollen die Erzeugnisse der Staaten des Bollvereins keinen höheren oder andern Eingangsabgaben unterliegen, als die gleichartigen Erzeugnisse des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland oder irgend eines andern Landes, und es soll die Ausfuhr aus diesen Colonien oder Besitzungen nach dem Bollverein keinen höheren oder andern Abgaben unterworfen werden, als die Ausfuhr nach dem vereinigten Königr. von Großbrit. und Irl. Art. 8. Der gegenwärtige Vertrag soll am 1. Juli 1865 in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1877 in Kraft bleiben. Im Fall keiner der vertragenden Theile 12 Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufzuheben zu lassen, dem andern kundgegeben haben sollte, soll derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragenden Theile denselben gekündigt hat. Art. 9. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und es sollen die Ratifications-Urkunden binnen drei Wochen, oder wenn nötig, früher in Berlin ausgewechselt werden. Berlin, 30. Mai 1865." (Folgen die Unterschriften.)

Der "Schles. Blg." wird aus Wien telegraphirt: Die Reise des Generals von Manteuffel hierher unterbleibt; der Gegenstand seiner beabsichtigten Mission wird der persönlichen Besprechung der Monarchen in Karlsbad vorbehalten. Nach Berlin ist eine zustimmende Antwort auf die letzte Depesche abgegangen, in welcher jedoch die Beschränkung der Berathung der schleswig-holsteinischen Provinzialstände auf die Vorlage des Wahlgesetzes bedingt wird. — Die Nachricht von einer bevorstehenden Rückkehr des Kaisers Maximilian aus Mexico ist erwähnt.

Berlin, 1. Juni. Der heute Morgen hier eingetroffene Großherzog von Oldenburg hat sofort eine einstündige Conferenz mit dem Minister-Präsidenten v. Bismarck abgehalten und ist sodann mit dem Oldenburgischen Gesandten zum Diner b. im Könige gefahren.

Die Nachricht von einer bevorstehenden Reise des Königs nach Kiel wird als unbegründet bezeichnet.

Am 29. Abends wurde in Berlin eine allgemeine Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten der 3. Abth. (Vorwärts) der Br. Turnerschaft unter Protest der Belegten, polizeilich aufgelöst.

Danzig, den 2. Juni.

\* Folgendes Relyt des Herrn Handelsministers ist heute an die Herren Abgeordneten der Kaufmannschaft hier selbst eingetroffen:

Dem Handelsstande wird es bekannt geworden sein, daß die Staatsregierung dem Landtag ein im Abgeordnetenhaus bereits angenommenes Gesetz vorgelegt hat, durch welches ihr die Ermächtigung ertheilt wird, gleichzeitig mit dem Vollzuge

des Handels- und Zollvertrages zwischen dem Bollverein und Österreich vom 11. v. M. — Anlage des Erlasses vom 24. v. M. — die durch diesen Vertrag an Österreich zugestandenen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen für die Einfuhr aus allen Ländern in Wilsameit zu segen. Da der Vertrag vom 11. v. M. mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten soll, so wird die Bekündung der in Folge der erwähnten Geheimvölker bevestigten Veränderungen des Vereins-Zolltarifs (Ges. Samml. S. 209) erst kurze Zeit vor dem Eintreten derselben erfolgen können. Es wird daher für den Handelsstand von Interesse sein, diese Veränderungen schon jetzt kennen zu lernen und es wird zu diesem Zwecke eine Zusammenstellung derselben, in welcher auf die bezüglichen Nummern des Vereins-Zolltarifs hinaewiesen ist, hier beigefügt. Berlin, 29. Mai 1865. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten IV. Abteil. Delbrück."

I. Vom Eingangs-Zolle befreit werden folgende Gegenstände: 1) Bündwaren (aus Nr. 5. a. Num. 4.); 2) Getreide, auch getoxt, und Hülsenfrüchte (Nr. 9. a.); 3) Anis, Koriander, Fenchel und Kümmel (Nr. 9. b. 1.); 4) Beifußdörra und unzubereitete Schwefeldeern (aus Nr. 11. b.); 5) rohes Garn von Flachs oder Hanf, Handgespinnst (Nr. 22. a. 1. b.); 6) die unter Nr. 25. p. 2. begriffenen Gewürze, mit Ausschluß von Eichorn, getrocknete, und Fische nicht anderweit genannt; 7) Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotete oder geschälte Körner, Graupe, Gries, Grütze, Mehl, Backwerk, gewöhnliches Bäckerwaren, Süßegummie (Nr. 25. q. 2.); 8) grobe Steinmechabatten, z. B. Thür. und Fensterstücke, Säulen und Säulenstandtheile, Rinnen, Röhren und Tröge, und dergleichen, ungeschliffen, mit Ausnahme der Arbeiten aus Alabaster und Marmor; Schüssel (Knitter) aus Marmor und dergleichen (aus Nr. 33. d. 1.); 9) Kälber (Nr. 39. b. 4.); 10) Schafvieh (mit Ausnahme der Hammel) und Ziegen (Nr. 39. c.).

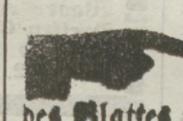
II. Von nachstehenden Gegenständen werden statt der im Tarif bestimmten, die nebenbezeichneten Zollsätze erhoben: 1) von Schmucksachen aus Eisen oder Stahl, so weit sie nicht unter Nr. 20 fallen (Nr. 67. 3. b.) vom Centner 4 R.; 2) von gepreßtem, geschliffenem, abgeriebenem, geschnittenem, gemustertem, massivem weißen Glase; auch Behangen zu Kronleuchtern von Glas; Glasknöpfen, Glasperlen, Glasschmelz (Nr. 10. c.) vom Centner 2 R. 20 Gr.; 3) von farbigem, bemaltem oder vergoldetem Glase, ohne Unterschied der Form; von Glaswaren in Verbindung mit andern Materialien, so weit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen (Nr. 10. e.) vom Centner 4 R.; 4) von Brüsseler und dänischen Handschuhleder, Corduan, Marcellin, Saffian und allem gefärbten und lackirten Leder (Nr. 21. b.) vom Centner 6 R. 20 Gr.; 5) von Butter (Nr. 25. f.) vom Centner 1 R. 10 Gr.; 6) von Käse (Nr. 25. o.) vom Centner 1 R. 20 Gr.; 7) von Matzen und Fußdecken von Bast, Stroh und Schilf, auch andern Schilfwaren, ordinaten, gefärbt (Nr. 35. a. 2.) vom Centner 1 R.; 8) von andern als den unter Nr. 38. a. genannten Tonwaren (mit Ausnahme von Porzellan), einfarbigen oder weißen (Nr. 38. b. 1.) vom Centner 1 R. 20 Gr.; 9) von weißen Porzellan (Nr. 38. c.) vom Centner 1 R. 20 Gr.

\* Die Commission zur Prüfung des "Cheops" hat sich heute an Bord des genannten Schiffes begeben und macht auf demselben eine Probefahrt.

\*\* Seit gestern hat die steuerfiskalische Sperre der sog. kleinen Festungsthore (Werder-, Leeger- und Neugarterthor) zur Nachtzeit aufgehört und findet dieserzeit zu jeder Zeit dem Verkehr geöffnet.

\* Heute Morgen gegen 11 Uhr entfiel einem Wagen nicht an der Brücke vor dem hohen Thore ein Fass mit Spiritus, so daß es leck wurde und seinen Inhalt theilweise auf das Straßengelaß ergoss. Ein vorüber fahrender Droschkenfahrer soll nun mit einem zum Anzünden einer Cigarre benutzten und dann fortgeworfenen Schwefelholz den Spiritus in Brand gesetzt haben, in Folge dessen sehr bald das ganze Fass in Flammen stand und wenn es geplatzt wäre, die nahe liegende Brücke ernstlich bedroht hätte. Zum Glück erschien die Feuerwehr so schnell und löschte den Brand in so kurzer Zeit, daß noch ein großer Theil des Spiritus gerettet wurde und von dem Besitzer in ein anderes Fass abgezapft werden konnte.

Nach der Inst. B. sind aus dem Kirchspiel Georgenburg nachstehende Besitzer aus der Landeskirche ausgetreten: Die Herren Hagen-Neuteich, Ebeling-Ebergallen, Grätschus-Pawarutschen, Janzon-Stagutschen, Erkberger Gr. Kalkenken; sämmtliche Besitzer von Guttawutzen: die Herren Rohrmoser, Gerhardt, Stadtans.

 Die heute fällige Berliner Mittags-Depesche war am Schlusse des Blattes noch nicht eingetroffen.

Danzig, den 2. Juni. Bahnpreise. Weizen gut bunt, hellbunt, hochbunt, 120/3—125/26—128/29—130/32 R. v. 57 1/2/60—62/65—67/70—72/75 Gr.; alter 130/2—133 R. von 75—80/81 1/2 Gr. Alles zw. 85 1/2 R. Roggen 120/124—126/129 R. von 40/42 1/2—43/44 Gr. zw. 81 1/2 R. Erbsen 55—59 Gr.

Gerste, Kleine 106—110/12 R. von 33—34/35 Gr. do. Große 110—118/119 R. von 32—35/36 Gr.

Hafser 30 Gr. zw. 50 R. Spiritus nichts gehandelt.

Getreide-Börse: Wetter: schön aber kühl. Wind: W.

Bei mangelnder Kauflust sind am beutigen Markt zu gedrückten Preisen 290 Last Weizen ungefegt. 121 R. bunt S. 360, 128/29 rot S. 385, 124 5/6. hellfarbig S. 390, 129 R. gut bunt S. 400, 405, 130 R. feinbunt S. 415, 131/2 R. feinbunt S. 420. Alles zw. 85 R. — Roggen wenig offiziell und fest. 121 R. mit Geruch S. 246, 123/4 R. 124 R. S. 255, 121 R. alt S. 251, Alles zw. 81 1/2 R. Güter-Erbsen S. 318 zw. 90 R. — Spiritus ohne Befuhr.

Beratworlicher Redakteur Dr. Ritter in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
1 1/2	31,6,4	+ 11,9 W. frisch, hell und unbewölkt.
2 8	339,44	+ 9,6 Nördl. fast still, do.
12	339,99	+ 10,2 Nördl. mäßig, bewölkt.

Die heute früh 11 Uhr erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Ottilie, geb. Claassen, von einem Knaben, welcher uns nach 4 Stunden wieder durch den Tod genommen wurde, beeindruckt mich statt jeder besonderen Meldung anzugeben.

Danzig, den 2. Juni 1865.

15214 H. Stobbe.

Die heute 1 Uhr Morgens erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem Mädchen zeigte ergeben an [5201] Philipp Albrecht.

Danzig, den 2. Juni 1865.

Heute früh 4 Uhr entschlief sankt nach 8 tägigem Leiden an der Unterleibs-Entzündung meine liebe Frau,

Anna, geb. Epp, im 65. Lebensjahr, was ich Freunden und Bekannten hiermit tief betrübt anzeige.

Siedtgebiet, am 1. Juni 1865.

5192 G. Fries.

### Bekanntmachung.

In dem Concuse über das Vermögen der Handlung A. Kohlaff & Cie. zu Danzig und Thorn ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord-Termin

Auf den 19. Juni,

Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichts-Local, Terminezimmer Nr. 6, vor dem unterzeichneten Commissar Kreisgerichts-Director De Guec anberaumt worden. Die Bevolligten werden hieron mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder voraus zugelassenen Forderungen der Concurrenzgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorerecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Abschöpfungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigen, event. wo zur Wahl des definitiven Beamtenpersonals geschritten.

Iserlohn, den 26. Mai 1865.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Commissar des Concurses.

Lechner 5193

In unserem Verlage erschien so eben und ist in allen Danziger Buchhandlungen vorrätig:

### Elbinger Wanderbuch.

Illustrirter Führer durch Elbing

und

seine Umgebungen (Marienberg, Kahlberg, Vogelsang, Radinen, oberl. Kanal.) von Fritz Wernick.

Mit 2 Blättern und vielen Illustrationen. Preis. cart. 9. Bog. 8. Preis 10. Sgr.

Neumann-Hartmann'sche Buch-, Kunst- u. Musikhandlung in Elbing. 5121

### Institut-Gelder hat zur

Begebung auf erste Hypotheken oder hinter Pfandbriefen, bei städtischen Grundstücken jedoch nur bei mindestem Werth von 600 R., in größeren Posten an Händen.

T. Tesmer, Langgasse 29, Haupt-Agent für die Preuß. Hypotheken-Aktion-Bank. 14965

### Gutsverkäufe.

Nestoranten empfiehlt Güter jeder Größe in den Provinzen Preußen, Pommern u. Posen (4965) T. Tesmer, Langgasse 29.

### Mühlenguts-Verkauf.

Besonderer Familienverhältnisse wegen ist folgendes Gut verkauft zu verkaufen: 1½ M. vom Abzage, ½ M. von der Chaussee, 1½ M. vom Eisenbahnhofe, in einer sehr belebten, romantischen Gegend.

Es gehören hierzu: 1. Areal 600 M. preuß. Maah, davon 350 M. Eichen- und Buchenwald (Wert 15,000 bis 20,000 R.), 200 M. Acker, guter fruchtbarer Boden, 50 M. Wiesen,

2. eine Wassermühle mit 2 Sägen, vor 3 Jahren neu gebaut, mahlt eine Last und darüber in der Woche,

3. ein Eisenhammer, 16' Gefäß, fast ganz neu, macht 24 Ctn. in der Woche,

4. das Wohnhaus, mosaik, mit Dachzinnen, 5. 3 Scheunen mit Keller von Felsen,

6. ein Spieker mit Pfannendach, 7. Schirklammer,

8. ein Stall, ganz neu,

9. Bachhaus usw.

Jetzt sämmtliche Gebäude unter Pfannendach. Abgaben 84 R. jährlich. Ware Revenuen 80 R.

Dieses Gut ist seit 38 Jahren in einer Hand und soll für 37,000 Thlr. bei 12 bis 15 Mille Anzahlung, verkauft werden.

Der ganze Kaufgelderei kann auf 10 bis 15 Jahre fest stehen bleiben.

Nestoranten erfahren das Nähere durch Th. Kleemann in Danzig, (4888) Breitgasse 62.

Das Gehaus 3 Damm 18, in gutem baulichen Zustande, wo seit Jahren ein Möbelmagazin mit gutem Erfolge betrieben wird, welches auch zu jedem andern Geschäft paßt, ist aus freier Hand zu verkaufen. Zu erkennen Stein-damm Nr. 3. 5194

Ein Gut im Culmer Kreise, von 618 Morgen durchweg Weizenboden, incl. 60 M. guten Wiesen, mit sehr gutem Inventar und guten Gebäuden, soll Familienverhältnisse wegen des schleunigsten verkauft werden. Auskunft erhält Frau A. Fischer in Bromberg am Markt. 5153

## Lebensversicherungs- und Ersparniß-Bank in Stuttgart.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1864 ist erschienen. Nach den ausführlichen Nachweisungen in demselben betrug am 31. December 1864:

Die Gesamtzahl der Versicherten 7452 Personen mit fl. 14,054,412 Vers.-Cap.

Der reine Zuwachs nach Abzug der Sterbefälle und

sonstiger Löschungen 845 Personen mit fl. 1,884,335 Vers.-Cap.

Sterbefälle kamen im Jahre 1864 vor: 65 Personen mit fl. 122,983 Vers.-Cap.

Der Bankfonds stieg von fl. 1,698,791 auf fl. 2,135,566.

Die Überschüsse zur Vertheilung an die Versicherten fl. 414,426 auf fl. 478,696.

Die Verwaltungskosten betragen pro 1864 nur 4 1/10 % der Jahres-Einnahme.

Der Jahresgewinn pro 1864 beträgt fl. 131,322. 47. und entspricht einer Divi-

dende von 33 Prozent der Jahres-Prämie.

Die gegenwärtig zur Vertheilung kommende Dividende beträgt 43 Prozent

der Jahres-Prämie.

Einlauf neuer Anträge vom 1. Januar bis Ende April d. J. 503, mit

fl. 1,067,000 Versch.-Cap.

Indem wir zur weiteren Vertheilung bei dieser auf reiner Gegenseitigkeit beruhenden und in stetigem Wachsthum begriffenen Anstalt einladen, fügen wir bei, daß diejenigen, welche bis zum 30. Juni aufgenommen werden, noch an der Dividende des laufenden Jahres Anteil erhalten.

Der Rechenschafts-Bericht selbst kann von den Banktheilhabern und Allen, welche sich für die Anstalt interessiren, sowohl durch das Bank-Bureau als die unterzeichneten Haupt-Agenten unentgeltlich bezogen werden. 526

Porsch & Ziegenhagen, Frauengasse No. 35.

## Feuer-Versicherungs-Bank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungsschluß der Bank für 1864 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

72 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Banktheilnehmer in dieser Agentur empfängt diesen Anteil nebst einem Exemplar des Abschlusses Vormittags von 9 bis 1, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, vom Unterzeichneten, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsschluß zu jedes Versicherten-Gesicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, steht der Unterzeichnete bereitwillig desfallsige Auskunft und vermittelte die Versicherung.

Danzig, den 31. Mai 1865.

C. Pannenberg, Agent der Feuerversicherungsbank f. Deutschland in Gotha,

Comtoir: Buttermarkt No. 13.

## Joh. Rieser aus Zell in Tirol

empfiehlt zu den bevorstehenden Feiertagen sein großes Lager von Handschuhen, Schläppen, Gummirädern für Herren, so wie Ledermanschetten zu 5, 6 und 7½ Sgr., Leder-Gürtel für Damen.

Für Herren: Glacé-Handschuhe in allen Farben, Waschleder-Handschuhe, weiße Offizier-Handschuhe mit 1 und 2 Knöpfen, Hirsch- und Kettnerleder-, Zwirn-Handschuhe in großer Auswahl von 7½ bis 22½ Sgr.

Für Damen: Stulp-Handschuhe in Glacé, Waschleder und Zwirn, lange mit 2 Knöpfen, gesteppte zu 25 Sgr und 1 R., von Ziegenleder mit tambourirter Naht von 7½ Sgr an bis zu 25 Sgr, Glacé-Handschuhe ohne Finger 7½, 10 und 12½ Sgr.

Zoubin-Handschuhe für Damen und Herren, so wie Hundeleder-Handschuhe.

Joh. Rieser aus Zell in Tirol,

Wollweber- und Langgassen-Ecke No. 80. 5209

Von Berliner Chocoladen aus der Fabrik der Herren Gebr. v. Heureuse hält stets Lager und empfiehlt dieselben zur geselligen Abnahme.

Eduard Hartmann, Fleischergasse 69 und Breitgasse 116.

Die feinsten Bonbons empfiehlt in schönster

Qualität jeden Morgen vor der Auslieferung der Gewinnloose in Empfang genommen werden.

Was bis dahin nicht abgeholt ist, wird zum Vortheil der Armen-Kasse verkauft werden.

Portland-Cement aus der Cement-Fabrik „Stern“ in Stettin halten stets in frischer Ware auf Lager und empfehlen solchen in großen, wie in kleinen Quantitäten billig.

Regier & Collins, Unterhofmiedegasse No. 16.

(3186)

Englische Brett-

schnidersägen, Zieh-

u. Klobbsägen, so wie

echte englische flache

u. dreikantige Feilen, vor-

züglicher Qualität, em-

pfiehlt in großer Auswahl

billigt

Ludwig Flemming,

44. Johannisthor 44.

früher C. M. Niedball. 5143

In Lümburger Käse

in Küchen erhielt wieder große Zusendung, so

dass ich en gros mit 3½ u. 3½ Sgr abgeben kann.

L. A. Janke.

Pommerschen Räucher-

lachs à 5 und 6 Sgr, ganz frisch,

erhielt Zusatz 15183

L. A. Janke.

Feinste Gras-Tafel-

Butter empfiehlt billig

5215 C. W. H. Schubert, Hundegasse 15.

Friederike Theodosia Kahlhofner

ihre edelste Tochter wohnt in Oliva No. 78,

bei Danzig. 5198

Im Stadt-Museum des Franzis-

caner-Klosters sind morgen und die

nächsten Tage die von Bierreichel

leicht gefertigten Gallions-Figuren

von 10 bis 2 Uhr zur Ansicht des

Publikums aufgestellt. 5191

Rudolph Freitag.

Mein Gasthaus „Milch-

peter“ am Schutzen-

stege, empfiehlt ich dem ge-

ehrten Publikum zum ge-

neigten zahlreichen Besuch.

5208 J. Sartorius.

Verlosung

des Gartenbau-Vereins.

Einige Gewinne sind noch nicht abgeholt

worden; dieselben befinden sich jetzt Neugarten

No. 19 und können daselbst jeden Morgen vor

9 Uhr, bis spätestens Sonnabend, den 3. Juni,

gegen Auslieferung der Gewinnloose in Empfang genommen werden.

Was bis dahin nicht abgeholt ist, wird zum Vortheil der Armen-Kasse verkauft werden.

Das Ausstellung-Comité. 5124

Stegemann's Garten zur Ostbahn

in Ohra.

Am 1. und 2. Feiertage Concert. Aufgang 4 Uhr.

Am 2. Feiertage Früh-Concert.

Aufgang 6 Uhr. Entrée 2 Sgr. 5204

Seebad Westerplatte.

Dienstag, den 6. Juni:

CONCERT.

# Beilage zu No. 3036 der Danziger Zeitung.

Freitag, den 2. Juni 1865.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergrödigst geruht: Dem Pfarrer Chelius zu St. Anna den Norden Adler-Orden vierter Klasse und dem Theater-Inspector Berend zu Berlin den K. Kronen-Orden vierter Klasse, dem Gefängnis-Inspector Irrgang in Neichenbach, dem Magistratsdienner Müller zu Berlin und dem Polizeidienner Busch zu Rüthen das Allgem. Ehrenzeichen, so wie dem Steuer-Erheber Fricke zu Erfurt die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Haupt-Zollamts-Dienstleiter Frey zu Neustadt in Ob.-Schl. bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Rechnungsraath zu verleihen.

## (W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 1. Juni. Die "Wiener Zeitung" publiziert ein Kaiserliches Rescript vom 27. v. M. an den Banus von Kroatien, in welchem die Einberufung des kroatischen Landtages zum 17. Juli angeordnet wird. Ein zweites Kaiserliches Rescript genehmigt für diesen Landtag die Wahlordnung vom Jahre 1861.

Wien, 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde gemäß dem Antrage des Ausschusses für die Steuerreform beschlossen, daß derselbe seine Thätigkeit auch nach dem Schluß der diesjährigen Session fortzusetzen habe. — Die nächste Sitzung findet am 8. Juni statt.

Paris, 1. Juni. Die Journale enthalten eine Note, der zufolge es falsch ist, daß General Bourbaki mit 10,000 Mann Verstärkungsgruppen nach Mexico abgeht. Eine Depesche aus Toulon sagt, daß der Kaiser daselbst am 6. dies. ankommen, sich in Toulon nicht aufzuhalten, sondern unverweilt nach Paris weiterreisen wird. — Dem "Moniteur" zufolge ist der Aufstand der Bahrs beendet und haben sich die Stämme derselben wieder unterworfen. — Die "Patrie" meldet, daß der Kammer morgen der auf Errichtung der großen algerischen Compagnie bezügliche Gesetzentwurf vorgelegt werden wird. Die betreffende Convention ist heute unterzeichnet. Die Gesellschaft verlegt ihren Sitz und ihre Capitale nach Algerien; sie schiebt der Regierung zur Vollendung der in Afrika unternommenen Arbeiten 100 Millionen vor. Letztere gewährt der Gesellschaft eine Staats-Garantie von 6 Prozent und überläßt ihr unter gewissen Bedingungen die Ausbeute der Minen, welche sie etwa erzielen sollte.

Wien, 1. Juni. Im heutigen Privaterlehr waren Credit-action lebhaft. Creditactien 184,00, Nordbahn 172,50 exkl. Div. 1860er Loope 92,70, 1864er Loope 85,15, Staatsbahn 183,80, Galizier 206,30.

Wien, 1. Juni. Bei der heute stattgehabten Biegung der 1864er Loope kamen folgende Serien heraus: 161, 290, 1269, 1484, 3483 3791, 3231, 3398. Haupttreffer fielen auf Nr. 24 der Serie 3791, Nr. 18, 44, 29 der Serie 161, Nr. 69, 80 der Serie 3231, Nr. 71, 42 der Serie 3231, Nr. 32 der Serie 161. Bei der Biegung der alten Staatschuld kamen die Serien 282 und 426 heraus.

London, 1. Juni. Die Bank von England hat den Discount von 4 auf 3½ Prozent herabgesetzt.

Paris, 1. Juni. Die Bank von Frankreich hat den Discount auf 3 Prozent herabgesetzt.

Nach dem heutigen Bankausweise haben sich vermehrt: der Baarvorraht um 4½ der Notenumlauf um 6½, das Guthaben des Schatzes um ½, die laufenden Rechnungen der Privater um 12½ Millionen Franken; dagegen hat sich vermindert: das Portefeuille um 1 Million Franken; die Vorschüsse auf Wertpapiere sind unverändert geblieben.

Hamburg, 1. Juni. Nach einem Lissaboner Telegramm der "Börse" aus Rio de Janeiro vom 9. v. M. haben die Gesamt-Kaffee-Abladungen nach diversen Häfen seit Abgang des letzten Dampfers 80,800 Sacch betragen.

Der Vorraht hat um 10,000 Sacch zugenommen. Preise unverändert.

Cours auf London &c d. niedriger.

New-York, 20. Mai. (Nr. Hibernian.) Jefferson Davis und Genossen sind in den Casematten des Forts Monroe untergebracht worden. Positive Indicien der Beteiligung J. Davis' an dem Mord-Complot fehlen vorerst. Der Kriegs-Minister, Herr Stanton, droht allen den ostwärts vom Mississipi befindlichen Konföderirten, welch. die Waffen nicht niedergelegen, mit dem Landesverräther tressenden Tode. Der Süd-General Magruder ist entschlossen, den Krieg fortzuführen. Die Lust zur Auswanderung nach Mexico hat nachgelassen. Der Staatssekretär Seward ist so weit wiederhergestellt, daß er wieder im Staats-Departement arbeitet. Der Quartiermeisterstab hat 50,000 Angestellte entlassen.

Berlin. Se. K. H. der Kronprinz empfing gestern den Militär-Schriftsteller Dr. Heinrich Wahler, nahm dessen neueste Arbeiten über den vorjährigen Feldzug entgegen und sprach gegen denselben seine wärmste Anerkennung für seine patriotischen Leistungen aus.

Ein türkischer Stabsofficier erschien gestern in der Diplomatenloge des Abgeordnetenhauses. In demselben wurde

sehr bald ein altes Mitglied des Hauses erkannt, nämlich ein Dr. v. Berwinski, der noch im Jahre 1854 für den Wongrowies-Gnesen-Mogilno Abgeordneter war und dann in türkischen Militärdienst getreten ist.

(Rh. 3)

Ein Zusatz zum 5. Artikel des unterzeichneten engl.

Handelsvertrages untersagt für immer das Verbot der Kohlenausfuhr. Ob der weggelassene Schiffahrtsartikel Gegenstand eines besondern Vertrags wird, ist Angesichts der bestehenden Schiffahrtsverträge ungewiß.

Wie die "Spen. B." hört, hat sich hier eine Aktien-

Gesellschaft gebildet, welche in Polen Herrschaften ankaufen und deren Culturstand verbessern will. Die Meliorationen sollen von deutschen Arbeitern ausgeführt werden, denen man, um sie zur Auswanderung nach Polen zu gewinnen, bedeutende Vortheile, Haus und Land, zusichern wird. Dem Vernehmen nach liegt es im Plane der Gesellschaft, diese Güter wieder zum Verkauf zu stellen, sobald ihr Werth gestiegen ist.

Am Montage kam die Anklage gegen den Verleger der Schrift von Bernh. Becker über die Bewegung von 1848, Hrn. R. Saltingmann, vor dem Kammergericht zur Verhandlung. Der Gerichtshof ließ den zweiten Theil der Anklage "auf Anpreisung des Hochverraths" fallen und reducirt die Verurtheilung erster Instanz von drei auf zwei Monate Gefängnis.

Glogau, 31. Mai. (Schl. 3) Das Appellations-

Gericht hat in der heutigen Verhandlung über den Ofe-

nappensprozeß das erste Erkenntniß vernichtet, die Angeklagten von der Anklage auf Schmähung der Militärge-

richte und öffentliche Verleumdung beider Offiziere freige-

sprochen, dagegen wegen einfacher Beleidigung der Offiziere den Angeklagten Michaelis zu 50, den Angeklagten Flemming zu 30 R. Strafe verurtheilt.

Posen, 31. Mai. (Br. Btg.) Vom heutigen kath. Marian-Gymnasium sind acht Schüler wegen mehrerer Diebstähle verwiesen worden. Die jungen Verbrecher, unter denen sich mehrere Gutsbesitzersohne befinden, hatten theils einzeln, theils in Gemeinschaft Ladeng-Diebstähle verübt und die gestohlenen Gegenstände, die zum Theil erheblichen Werth hatten, verkauft. Der eine war schon im Begriff, mit dem auf diese Weise gewonnenen Gelde zu flüchten, seine Absicht wurde aber entdeckt und vereitelt.

Am Freitag um 7 Uhr Abends entlud sich in kräftigen Donnerschlägen über unsere Stadt und Umgegend ein Gewitter, das von einem halbstündigen starken Regen, mit Hagelkörnern von der Größe einer kleinen Haselnuss vermischt, begleitet war. In dem in der Nähe gelegenen Dorfe Góworzwo wurde ein zwölfjähriger Knabe vom Blitz getötet und dessen Mutter beläuft. Letztere war schwer aus ihrer Betäubung zu wecken, hat aber kaum erhebliche Verleugnungen erlitten.

Schweden, 29. Mai. (Ostd. B.) Das Gewitter, welches sich Freitag, den 26. v. M., Abends ½ Uhr, bei uns entlud, hat auf der Strecke von Posen nach hier an der Telegrafenleitung gräßliche Zerstörungen angerichtet. Bierzig Telegrafenstangen sind nach der Mitteilung des Beamten, der den Schaden festzustellen hatte, mehr oder weniger beschädigt worden. Uswit Neudorf, in der Nähe des Rawocki'schen Etablissements, waren sämtliche Leitungsdrähte entzwey. Aber auch an Bäumen waren Spuren der zerstörenden Wirkung des Blitzes zu bemerken.

Wien, 29. Mai. Es wird hier die Errichtung einer eigenen schleswig-holsteinischen Kanzlei, ähnlich der einst bestandenen niederländischen, während der langen Dauer des Provisoriums beabsichtigt.

Wien, 31. Mai. In der Sitzung des Finanzausschusses verlangte der Kriegsminister 95 Millionen, 1 Million mehr, als für 1865. Der Ausschuss bewilligte 85 Millionen.

England. London, 30. Mai. Dem gegenwärtig in Paris bisirdlichen Herrn Eloin, Cabinechef des Kaisers Maximilian von Mexiko, welcher sich über Washington nach Europa begeben hatte, wurde der von ihm beim Präsidenten Johnson nachgesuchte Empfang verweigert.

Frankreich. [Magnan †] Am 29. Mai ist, wie gemeldet, Marshall Magnan gestorben. (Bernard Pierre Magnan, geb. 1791 zu Paris, trat 1809 als Gemeiner ins 66. Inf.-Reg., kam als Offizier zur Kaiser-Garde. Er machte den spanischen Feldzug unter dem Herzog von Angoulême mit und zeigte sich als sehr eifrigster Royalist, auch noch nach der Juli-Revolution; doch blieb er im Dienst. Schon 1840 bei dem Versuch Louis Napoleons in Boulogne soll Magnan von demselben gewonnen worden sein; 1846 ging er als General-Inspecteur nach Algerien. 1849 warf er den Aufstand in Lyon nieder; 1851 erhielt er das Commando in Paris. Am 2. December war er der eigentlich ausführende General des Staatsstreichs; am 2. December 1852 wurde er zum Marshall ernannt, später kam er in den Senat; vor drei Jahren ernannte ihn der Kaiser zum Großmeister der französischen Freimaurer. Er war ein Mann von gewandten Formen, wo's aber galt, von rücksichtslosester Energie. Er verbrauchte ungeheure Summen und war entschieden der kostspieligste Diener des Kaisers, ihm gewiß aber auch einer der nüglichsten.

(N. Pr. B.) Die Prinzessin Dagmar hat den höchsten Orden bekommen, der vom Kaiser an Damen verliehen werden kann, und außerdem hat der Kaiser Alexander ihr ein lebenslängliches Gehalt von 40 000 Silbergroschen zuerkannt. Die dänische Prinzessin wird im Herbst nach Petersburg gehen, um sich beim Kaiser zu bedanken.

Paris. Gestern fand im großen Saale des Grand Orient eine dritte offizielle Feierlichkeit der von dem Pariser deutschen Turnverein veranstalteten Feier statt. Kinkel, der einen Vortrag halten sollte, hatte eine große Anzahl Neugieriger angelockt; da jedoch der Saal sehr klein ist, so fanden nur die Einlaß, die vorher Karten erhalten hatten. Kinkel sprach über Amerika. Er berührte nicht im Geringsten den letzten Krieg oder die gegenwärtigen Schwierigkeiten, aber aus seinen geographischen Behauptungen ging sehr klar und deutlich hervor, daß die Monroe-Doctrin, wenn sie nur nicht schon jetzt mit Gewalt durchgeführt wird, später ganz von selbst in Anwendung kommen muß, und daß Amerika einst für Europa das sein wird, was heute Europa für Asien ist. Es würde zu weit führen, näher auf den Vortrag einzugehen, der über zwei Stunden in Anspruch nahm. Nach Kinkel ergriß Herr Bamberger aus Mainz, gegenwärtig Chef eines hiesigen Bankhauses, das Wort. Derselbe dankte zuerst Kinkel für seine Mitwirkung beim Feste, und ging dann auf Deutschland über. Des Redners Worte waren bereit, scharf, beißend, tief einschneidend. Allgemeinen Beifall fand er, als er in warmen Worten Renan's, Neffzer's, Dofus' und einiger anderer gedachte, die sich in Frankreich um das Deutschthum verdient gemacht haben. Ein Versuch, Kinkel eine Lorbeerkrone aufs Haupt zu setzen, den Benay heraus machte, mislang, und Kinkel lehnte es mit den Worten ab: "er wolle von Kronen, und selbst wenn sie aus Lorbern seien, nichts wissen". Nach 12 Uhr trennte sich die Versammlung. Heute war große Turnfahrt und übermorgen verlassen die deutschen Gäste die Hauptstadt.

Danzig, 2. Juni.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 30. Mai] (Schl.) Es werden bewilligt: 10 R. zu Borsig an den Feuerstern der Schule zu Schilz, 350 R. für Einrichtung des ehemals Gall'schen Grundstücks in der Almodengasse zu einem Schullokal, 300 R. zum Anbau eines Stalles an dem Wohnhause des Parkausnehmers in Jäschenthal, 591 R. zu einem Anbau an dem Försterhause in Sutthof, 5730 R. zur Durchführung des Stichkanals bis zum Zimmergraben, 300 R. zur Befestigung des Bodens auf einem Theile des Bleihofes. Hr. B. Hauffmann spricht bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß die Abschuß der Moderne frei gegeben werden möchte; er wisse, daß ein Gutsbesitzer in der Nähe sehr gern einen großen Theil abschaffen werde, ohne

Entschädigung dafür zu beanspruchen. — Die Versammlung genehmigt die Veränderung des Lagergeld-Tarifs für den Bleihof, der etwa um die Hälfte höher als bisher gestellt ist.

Die Anstellung eines zweiten etatsmäßigen Bureaubeamten bei dem Feuerwehr- u. Institut mit einem Gehalt von 200 R. wird ebenfalls genehmigt. — Zu der vom Magistrat angefertigten Liste von niederzuschlagenden Schulgeld-Rückständen sind verschiedene Ausstellungen gemacht. Es wird beschlossen, einen Posten von 2 R. 10 Sgr. von dem betreffenden Restanten executivisch einziehen zu lassen, da übereinstimmenden Erklarungen zufolge derselbe zahlungsfähig ist, eine sehr gute und gut mödlire Wohnung in der 1. Etage inne habe. Bei einem andern Falle kommt es zur Sprache, daß früher Differenzen zwischen dem Director Grübnau und dem Magistrat bei Besetzung von Freistellen in der Töchterschule stattfanden, die jetzt aber, obgleich eine Entscheidung des Ministers noch zu erwarten steht, beseitigt seien, indem der Director jetzt die Listen dem Magistrat zur Bekämpfung einreiche. — Der Magistratsgeldtarif für die sämtlichen Consumtionsmärkte Danzigs ist von der Reg. Regierung nicht bestätigt worden; er soll in einzelnen Positionen geändert und im Allgemeinen ermäßigt werden. Magistrat will entsprechende Reductionen eintreten lassen. Zu diesem Beufe soll eine gemischte Commission ernannt werden, zu welcher die Versammlung ihrerseits die Herren J. C. Krüger, Pr. Hell, Steffen, Hesse und Heck wählt. — Der Verlauf der zum Abbruch bestimmten Ferebude an der Achse brücke an Herrn Falck für 200 R. wird genehmigt.

\* Herr A. Hinz hat seine im Januar d. J. gehaltene Vorlesung über die Paramente in unserer Marienkirche auf vielseitigen Wunsch im Druck erscheinen lassen. Wer der Vorlesung f. B. nicht bewohnt, bat nun Gelegenheit, ein gedientes Schriften über die Kunstschätze unserer berühmten Pfarrkirche zu billigen Preise sich anzuschaffen und über manches Wissenswerthe belehrende Aufklärung zu erhalten.

Königsberg, 31. Nov. (K. B. Btg.) Nachdem die Südbahngesellschaft sich vergeblich bei den städtischen Behörden wegen Ueberlassung der städtischen Parkanlagen bei Sanssouci bemüht hatte, auf dem sie den Pillauer Personenbahnhof erbauen will, wandte dieselbe sich an den Handelsminister, um im Wege der Expropriation ihren Wunsch erfüllt zu sehen. Als dieser erneute Versuch bekannt wurde, beschlossen die Stadtvorordneten, im Verein mit dem Magistrat beim Handelsminister dagegen vorstellig zu werden. Aus der vom Minister bewilligten Audienz der Deputation wurde den Stadtvorordneten mitgetheilt, daß derselbe erklärt, er werde die Einwendungen sorgfältig prüfen, müsse aber schon im Voraus bemerklich machen, wie ihm die Klagen über den Verlust, sowie die Besorgnis wegen der Verkehrsstörung theils unerhölich, theils unbegründet erscheinen, ganz besonders gegenüber den Vortheilen, welche die Stadt davon haben wird, daß zwei Bahnhöfe angelegt werden. Er, der Minister, sei kein Promenaden-, sondern Handelsminister. Persönliche Interessen seien nicht maßgebend für ihn, wie er überhaupt bei seinen Maßnahmen nicht Personen, sondern die Sache stets im Auge habe. Nach Westen lasse sich eine Schienleitung nicht herstellen, es bleibe nichts übrig, als den Personenbahnhof für die Pillauer Bahn östlich im Anschluß an den Ostbahnhof anzulegen. Die Verkehrsstörung, welche man befürchte, werde überschätzt, denn auf dem bei Sanssouci zu errichtenden Bahnhof sei von einem Regieren von Bürgern nicht die Rede, er sei nur zur Aufnahme für die nach Pillau fahrenden Passagiere und Güter bestimmt. Als der Bürgermeister Vigor dem Minister bemerklich machte, daß die Expropriations-Vergütung vom 10. October 1863 die Rechte der Bahngesellschaft auf Beseizung der Anlagen, um die es sich jetzt handelt, nicht einschließt, antwortete der Letztere, er werde erforderlichfalls eine neue Cabinetsordre erhaben, welche die Expropriations-Rechte der Südbahn erweitert. Im Allgemeinen sprach sich der Minister dahin aus, die Stadt werde ihm, wenn das Project ausgeführt wird, noch Dank dafür wissen. Die Stadtvorordneten werden sich nun mit dem Magistrat in einer Petition an den König wenden, mit der Bitte, eine Erlaubnis und Bescheinigung der Exproprietätserweiterung, wie sie der Minister in Aussicht stelle, nicht zu geben.

— (P.-L. B.) Am 29. Mai Mittags, gerade als die Confrimanden aus der Kirche entlassen wurden, brach in dem Dorfe Neunischen (Reg.-Bez. Gumbinnen) Feuer aus. Entweder durch Fahrlässigkeit oder aus Nachsicht, die eingeleitete Untersuchung wird das herausstellen, hatte ein Knecht das Feuer in dem Stalle des Wirths Sachs angelegt. Durch die anhaltende Dürre war das Stroh auf den Dächern so ausgedörrt, daß im Verlauf einer halben Stunde 26 Gebäude in vollen Flammen standen. Weil das Feuer so furchtbar schnell um sich griff und Wasser augenblicklich nicht zu beschaffen war, hat der größte Theil der Abgebrannten wenig mehr als das nächste Leben gerettet.

## Victoria-Theater.

\*\*\* Wir fuhren gestern eine recht sorgfältige Darstellung des Scribe'schen "Ein Glas Wasser". Vollkommen befriedigten Hr. Streng (Volzingrode) und Fr. M. Le Seur (Königin); auch Fr. Lind (Denzig) bebandete ihre Partie mit vielem Geschick. Die Rolle der Abigail spielte Fr. A. Le Seur, die wir hier zum ersten Male in einer größeren Partie sahen. Abgesehen von einem etwas zu schnellen Tempo der Rede, welches wohl aus einer gewissen Befangenheit zu erklären, bewies die Darstellung, in Spiel und Rede, Fleisch, Verständniß für die Rolle und unverkennbares Talent, so daß wir der jungen Dame zu diesem Versuch nur Glück wünschen können. Fast dasselbe Urtheil möchten wir über Hr. Hasemann (Masham) abgeben. Auch er ist ein jugendlicher, strebsamer Darsteller; auch ihm empfehlen wir, sich etwas mehr Ruhe in der Rede und damit zugleich größere Deutlichkeit derselben anzueignen.

Ermuthet durch die Resultate von "Kretsch und Bleith", wird die Direction in den Feiertagen eine neue, wenigstens hier noch nicht aufgesetzte Posse von Siringe, dem Verfasser des "Bedschulzen", in Scene geben lassen, der es vorzüglichlich gleichfalls an Erfolg nicht fehlen wird.

## Vermischtes.

Osterwitz, Kreis Leobschütz, 30. Mai. (Bresl. Btg.) [Furchtbare Unglüx.] Gestern zwischen 3 und 4 Uhr

